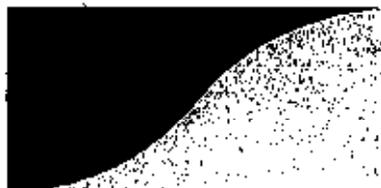


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt erinnert an den 5. Todestag von Gustav Heinemann. Seite 1

Peter Glotz würdigt Horst Kober als einen Wegbereiter der Entspannung in Deutschland: Standfestigkeit und Grundsatztreue. Seite 3

Wolfgang Roth MdB vermißt im Sondergutachten Selbstkritik: Ein bißchen mehr Praxisnähe... Seite 4

Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der SPD-Bundestagsfraktion: Keine Veranlassung, die Grundrichtung zu ändern (Teil II) Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 124

6. Juli 1981

In Gedenken an Gustav Heinemann

Zu seinem 5. Todestag am 7. Juli 1981

Von Willy Brandt MdB/MdEP
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gustav Heinemann war von 1969 bis 1974 Präsident der Bundesrepublik Deutschland, und er hat seinen Namen unverwechselbar in die Geschichte unseres jungen Staatswesens eingepägt. Als er sein Amt antrat, sagte er, er wolle helfen, daß Staat und Bürger in Pflichten und Rechten eine Einheit werden. Staatliche Autorität solle sich weniger von den Institutionen herleiten, als vielmehr von dem Vertrauen, das der Bürger seinem Staat entgegenbringt.

Durch diesen Willen war das politische Handeln Gustav Heinemanns gekennzeichnet. Überschwang und äußerer Glanz waren ihm ebenso fern wie die Verlockung, vor schwierigen Problemen in Unverbindlichkeiten auszuweichen. Nach reiflicher Überlegung sagte er stets offen seine Meinung; dies auch dann, wenn er wußte, daß nicht jeder seine Auffassung teilen mochte. Wohl aus diesem Grunde nannte man ihn auch den unbequemen Präsidenten.

Er war aufgeschlossen für das kritische Aufbegehren junger Menschen. Weil er von Selbstgerechtigkeit so weit entfernt war, konnte er vielen der Jungen zum Ratgeber und Wegweiser werden.



Als Justizminister der Regierung der Großen Koalition hatte Heinemann systematisch mit der Auflockerung verkrusteter Rechtsvorstellungen begonnen. Später, als Bundespräsident, setzte er in zahlreichen Ansprachen und vielen Diskussionen mit Bürgern aller Schichten seine Bemühungen in die Vermenschlichung des politischen und gesellschaftlichen Geschehens fort.

Seine besondere Aufmerksamkeit widmete Gustav Heinemann jenen Gruppen der Bevölkerung, die auf der Schattenseite des Daseins stehen. Ihnen müsse die Gesellschaft helfen, sagte er mehr als einmal, denn im Gegensatz zu anderen hätten sie keine machtvolle Vertretung, die lautstark Ansprüche anmelden kann.

Viele geistige Anstöße haben wir Heinemann zu verdanken. Mit Nachdruck hat er immer wieder daran erinnert, daß unsere Geschichtsschreibung die deutschen Freiheitsbewegungen in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten meist nur stiefmütterlich behandelt hat. Als Ergebnis dieser Mahnungen entstand der großartige Schüler-Wettbewerb um die Klärung unseres Geschichtsbildes, an dem sich jedes Jahr mehrere tausend Schüler beteiligen.

Bei seinen Staatsbesuchen im Ausland warb Gustav Heinemann mit Würde und mit der Autorität des Hitler-Gegners für unseren jungen demokratischen Staat. Seine Aufrichtigkeit wurde besonders in jenen Ländern anerkannt, die unter der deutschen Besatzung stark gelitten hatten.

Bundespräsident Heinemann hat ein Vermächtnis hinterlassen, dessen Erfüllung gerade uns Sozialdemokraten Verpflichtung bleibt. Wie er es angestrebt hat, ist es uns auferlegt, ständig nach Wegen zu suchen, die zur Vermenschlichung des Staates führen. Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden - darin bestand für ihn der Sinn politischen Wirkens. Bemühen wir uns also, uns dem Vermächtnis würdig zu erweisen. (-/6.7.1981/hi/ca)

+

+

+



Standfestigkeit und Grundsatztreue

Horst Korber war ein Wegbereiter der Entspannung in Deutschland

Von Dr. Peter Glotz

Berliner Landesvorsitzender und Bundesgeschäftsführer der SPD

Mit Horst Korber hat die Berliner SPD einen weit über die parteipolitischen Grenzen hinaus angesehenen und anerkannten Politiker verloren. Glaubwürdigkeit und Klarheit haben diesen Namen besonders ausgezeichnet.

Über mehrere Jahrzehnte hat Horst Korber den Berlinern in verschiedenen öffentlichen Aufgaben gedient. Er war dabei niemals ein bloßer Fachmann, sondern stets ein umfassende politische Persönlichkeit. Vier verschiedene Ressorts hat er als Senator geleitet. Als Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag hat er die Summe eines reichen politischen Lebens einbringen können in die Arbeit für unser geteiltes Land.

Horst Korbers leidenschaftliches, von Augenmaß und profunder Sachkenntnis geprägtes Engagement galt der Berlin- und Deutschlandpolitik. Der geborene Thüringer hat die Geschichts- und Schicksalsgemeinschaft der Deutschen als ständigen Auftrag auch und gerade an sich selbst verstanden.

Aus diesem Verständnis heraus war Horst Korber ein Wegbereiter der Entspannung in Deutschland. Er hatte das Glück, an der Seite Willy Brandts das Konzept jener Politik der "Kleinen Schritte" in erste konkrete Schritte umzusetzen. Für die Berliner wird der Name Horst Korber immer mit jenen ersten erfolgreichen Passierscheinverhandlungen verbunden sein, die das Wiedersehen nach Jahren schmerzvoller Trennung ermöglichten.

Horst Korber wußte, daß dieser in harten und zähen Verhandlungen erzielte Durchbruch von entscheidender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik war. Dieser Erfolg war für die Menschen - nicht nur in Berlin - mit Händen zu greifen.

In den Jahren danach war Horst Korber ein unanfechtbarer Zeuge für die Motive dieser Politik. Die unbestreitbare Standfestigkeit und Grundsatztreue seiner Persönlichkeit machten es dem Gegner der Entspannungspolitik und ihren Verdächtigungen schwer.

Horst Korbers Wirken in Berlin hat in vielen Bereichen Spuren hinterlassen, die bleiben werden. In besonderer Weise war er auch dem Sport verbunden. Seit Jahren an der Spitze der "größten Bürgerinitiative Berlins", wie er den Landessportbund nannte, war er ein Garant dafür, daß der Berliner Sport und seine Organisationen integraler Bestandteil des Sports der Bundesrepublik sind. Klarheit und Deutlichkeit seines Redens und Handelns waren auch hier beispielhaft.

Horst Korber verabscheute Gleichgültigkeit im politischen Leben. Mit Leidenschaft bezog er Positionen und kämpfte für ihre Durchsetzung. Dabei wußte er stets um die Gefahr, die eine lebenslang ihn begleitende Krankheit für ihn bedeutete. Sie verlangte von ihm ein hohes Maß an Selbstdisziplin. Er hat es niemals als selbstverständlich empfunden, daß er so lange und bis zuletzt politisch wirksam werden konnte. Die Berliner Sozialdemokraten danken diesem aufrechten und geraden Mann für seine ganze Leistung.

(-/6.7.1981/bgy/oa)

+ + +



Ein bißchen mehr Praxisnähe...

Das Sondergutachten läßt Selbstkritik vermissen

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Wirtschafts-
und Finanzpolitik beim SPD-Vorstand

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat ein Sondergutachten vorgelegt. Das war, wenn man die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes betrachtet, überfällig. Denn wann sollte denn ein Sondergutachten erstellt werden, wenn nicht in einer Situation, in der die Bundesregierung schon mit einer Arbeitslosenquote von 1,4 Millionen im Jahresdurchschnitt 1982 rechnet.

Der Sachverständigenrat enttäuscht jedoch, weil er - mit einer Ausnahme - alten Wein in neue Schläuche gießt. Er kritisiert die Bundesregierung, insbesondere auch wegen Unterschätzung der Haushaltsrisiken des Jahres 1981. Diese Kritik ist nicht nur unfair, sondern infam: Die Bundesregierung, die eine Nettoverschuldung von 27 Milliarden DM geplant hatte, ging dabei von den Daten des Sachverständigenrates aus, der im Gegensatz zu vielen Experten der Koalition eine Wachstumsdelle im Jahre 1981 voraussah. Die zu optimistischen Daten des Rates haben eben mit zu dieser Mehrverschuldung, die er jetzt kritisiert, beigetragen. Wir haben diesen unbegründeten Optimismus niemals geteilt.

Der Rat betont nun die Konsolidierungsaufgabe der öffentlichen Finanzen. Eine sorgfältige Analyse der beschäftigungspolitischen Wirkungen von Kürzungen auf der Nachfrageseite unterbleibt allerdings. Eben das wäre jedoch für die Wirtschaftspolitik wichtig gewesen. Was der Rat zur Konsolidierung selbst sagt, gehört weitgehend zu den Selbstverständlichkeiten der Bonner Diskussion. Ein bißchen mehr Praxisnähe, das heißt also Gesprächskontakt mit Bonn - jenseits der Beamtenebene, täte dem Sachverständigenrat gut.

Positiv ist zu bewerten, daß der Rat die Theorie der babylonischen Gefangenschaft der deutschen Zinsen bei den US-Zinsen relativiert. Schade nur, daß er einer Geld- und Zinspolitik des Abbaus des Leistungsbilanz-Defizits statt seiner bloßen Finanzierung keinen Raum gibt.

Erfreulich ist das Minderheitsgutachten von Professor Glastetter, der nicht nur einen ausgewogenen Konsolidierungsprozeß vorschlägt, sondern auch die negativen Konsequenzen der rigiden Geldpolitik richtig einschätzt.

Fazit: Wer sich von der Ratsmehrheit eine fantasievolle Bereicherung der komplizierten wirtschaftspolitischen Diskussion erwartet hat, bleibt ungetröstet. (-/6.7.1981/by/ca)

+ + +



Dokumentation

(Teil II)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat an alle Mitglieder seiner Fraktion die Ausführungen übersandt, die Bundeskanzler Helmut Schmidt am 26. Juni 1981 vor der Fraktion gemacht hat. Wir dokumentieren den Text. Aus Platzgründen erscheint er in zwei Teilen.

Keine Veranlassung, die Grundrichtung zu ändern

Wir haben auch auf dem Felde der Energiepolitik große Erfolge erzielt. Das wird überhaupt nicht vertreten von denen, die dauernd etwas zu kritisieren haben im Sinne Bismarcks: bei Bier die Regierung schlecht zu machen, oder die Bundestagsmehrheit oder die Sozialdemokratische Partei schlecht zu machen. Seit 1973 ist der Ölverbrauch dieser Volkswirtschaft um 18 Prozent gesunken, obgleich gleichzeitig in realen Werten das Sozialprodukt um 18 Prozent gestiegen ist. Wir haben ein 18 Prozent höheres Sozialprodukt, aber wir verbrauchen dafür 18 Prozent weniger Öl. Das ist eine unglaubliche Leistung. Wir haben den Ölverbrauch als Anteil am Gesamtenergieverbrauch absenken können von früher 55 Prozent am Gesamtenergieverbrauch auf nunmehr 47 Prozent. Und wir werden ihn weiterhin absenken.

Eine der Hauptsorgen, die ich gegenwärtig habe, - ich blicke auf das Weltwirtschaftstreffen in Ottawa, - ist neben der Zinspolitik die dort eine große Rolle spielen wird, neben den Zahlungsbilanzen, die eine große Rolle spielen werden, neben der Energieversorgung der Welt, - natürlich die Frage des Handelsprotektionismus.

Was die Energieversorgung angeht, sage ich einen Satz ganz leise: Ich habe Sorgen friedenspolitischer Art, was den Mittleren Osten angeht: Nicht nur Iran, Irak, auch das Verhältnis zwischen Israel und Syrien, Libanon, zwischen Israel und Irak, zwischen Israel und Saudi-Arabien. Wenn man Bomben wirft und den Luftraum anderer Staaten verletzt, so kann es Reaktionen auf dem Ölversorgungsfeld geben. Ich habe die Sorge, daß von daher wegen unüberlegter Handlungen im Nahen und Mittleren Osten die weltwirtschaftliche Lage noch einmal sich wesentlich verschlechtern könnte, zum Beispiel was die Ölversorgung angeht. Ein Land wie wir, das inzwischen zwar seinen Ölverbrauch von 55 Prozent Ölanteil auf 47 Prozent gesenkt hat, braucht immer noch 47 Prozent seiner Energie aus dem Öl. Und das kommt immer noch aus arabischen Ländern.

Die Schlußfolgerung, die wir aus der ökonomischen Lage ziehen müssen, möchte ich skizzieren: Wir haben keine Veranlassung, die Grundrichtung unserer Wirtschafts- und Finanz- und Sozialpolitik zu ändern. Wohl aber müssen wir uns anpassen an eine wesentliche Verschlechterung der ökonomischen und politischen Bedingungen in Europa und in der Welt.

Wir müssen uns die Frage gefallen lassen, ob wir diese Anpassung vielleicht nicht im vorigen Oktober oder November gleich nach der Bundestagswahl ten vornehmen sollen. Ich will bekennen, daß wir innerhalb der Bundesregierung damals uns diese Frage ernsthaft gestellt hatten. Und heute, aus der nachträglichen Betrachtung, wird man jedenfalls sagen müssen, wir wären heute glücklicher dran, wenn wir es damals schon getan hätten. Wir sind damals bei sorgfältiger Erwägung zum Ergebnis gekommen, daß die Zeichen dafür nicht standen, daß es nicht notwendig schien. Wenn einer hier im Saal sein sollte, der im Oktober/November 1980 gewußt hat, daß der Zinssatz in New York auf 20 Prozent und in Rom auf 27 Prozent steigen würde, dann hat er es besser gesehen als wir. Wir haben das nicht kommen gesehen. Das sage ich ganz offen. Wir haben die Verschärfung der internationalen Währungssituation und Zahlungsbilanzsituation in diesem Ausmaße nicht kommen sehen. Wir haben damals Schwierigkeiten gesehen, wir haben gesagt, damit werden wir fertig; deswegen brauchen wir Mut zur Zukunft. Aber wir haben das Ausmaß der weltweiten Schwierigkeiten unterschätzt. Wenn wir sie richtig eingeschätzt hätten, wären wir klüger gewesen als Professoren und Institute. Darauf gebe ich sowieso nicht so viel, auf deren Prognosen. Es kann auch sein, daß wir uns in diesem Sommer 1981 irren, wenn zum Beispiel im Mittleren Osten etwas passieren sollte. Das kann passieren. Aber es hat auch heute keinen Sinn, eine Politik auf die jeweils unangenehmsten Annahmen, auf die jeweils schwärzesten Prognosen hin zu konzipieren.

Ich möchte nicht, daß bei der Aufgabe, die öffentlichen Finanzmittel im 62er Haushalt zu konzentrieren auf die wirklich zentralen und wichtigen Aufgaben, - ich möchte nicht, daß

dabei das Mißverständnis entstehen kann, daß wir etwa eine Brüning'sche oder sonstwie geartete deklatorische Politik zu treiben gedenken. Das wäre ein Mißverständnis, das man nicht aufkommen lassen darf. Ich möchte aber auch uns bewahren vor dem Irrtum, als könnten wir nur einfach eine Nachfrageausweitungspolitik à la Keynes in der heutigen Lage betreiben. Sie würde unsere Ölabhängigkeit vergrößern, sie würde unsere Strukturprobleme, zum Beispiel auf der Stahlschiene von Rheinhausen über Duisburg, Bochum, Dortmund, Siegen, bis hin nach Salzgitter, Bremen und Bayern überhaupt nicht lösen helfen. Und drittens würde eine allgemeine Nachfrageausweitungspolitik à la Keynes unser hohes Leistungsbilanzdefizit noch vergrößern. Das können wir also beides nicht: weder deflatorisch nur auf den Haushalt starren, noch inflatorisch ausschließlich auf Ausweitung der Nachfrage bedacht sein.

Notwendig wird sein - auch wegen der weltwirtschaftlichen Konkurrenz; wegen der Notwendigkeit, unsere Exporte zu steigern und mit dem Leistungsbilanzdefizit fertigzuwerden -, daß wir von unserem Bruttosozialprodukt insgesamt einen etwas größeren Anteil für Investitionen aufwenden. Dies auch wegen der notwendigen beschäftigungspolitischen Wirkungen (!) - und einen etwas kleineren Anteil für den Konsum. Das gilt dann auch für die öffentlichen Haushalte: Konsumtive Zwecke einschränken und Investitionen und damit Beschäftigung fördernde Zwecke ausweiten. Die Haushaltsmittel für beschäftigungsfördernde Zwecke können nur dann ausgeweitet werden, wenn vorher bei den konsumtiven Zwecken noch mehr gespart wird, nicht nur soviel, wie notwendig ist, um den Kreditbedarf abzusenken, sondern noch mehr gespart wird, um die beschäftigungsteigernden Maßnahmen auch echt finanzieren zu können.

Ich sage es noch einmal: nicht nur soviel zu sparen, daß die Kreditaufnahme so wie notwendig runtergefahren werden kann, sondern noch mehr zu sparen, um Finanzmittel freizumachen für neue Ausgaben auf dem Felde der Beschäftigungsteigerung, der Investitionssteigerung. Das gilt dann auch für die Länder, die das auch sehr schwierig finden werden und für die öffentlichen Haushalte insgesamt. Das Leistungsbilanzdefizit, das hier im Bundestag so wenig Sorgen macht, weil die Abgeordneten darüber im Haushalt- oder Finanzausschuß direkt nichts zu beschließen haben - was man weder durch das Haushalts- noch durch Steuer-gesetz beeinflussen oder direkt verändern kann - das Leistungsbilanzdefizit muß mittelfristig uns die größten Sorgen machen. Es wäre absurd, wenn eines der reichsten Länder der Welt, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, eines der reichsten Länder, was den realen Lebensstandard der Arbeitnehmer und der Rentner angeht, sich zur Finanzierung auf die Dauer Geld im Ausland leihen müßte. Das ist gegenwärtig in hohem Maße der Fall. Es macht uns abhängig, auch außenpolitisch abhängig!

Noch genauer gesagt: Das Zahlungsbilanzdefizit macht uns friedenspolitisch von politischen Entschlüssen anderer Regierungen abhängig. Zahlungsbilanzdefizit heißt doch Schuldenaufnahme, Kreditaufnahme im Ausland! Wir können es nicht von heute auf morgen auf Null bringen. Das wollen wir auch nicht, weil es den Rest der Welt in Unordnung bringen würde, denn dazu sind wir ein zu bedeutsamer Schuldner für den Rest der Welt. Aber es wäre falsch, bei allem, was wir vorhaben, immer nur auf den Haushalt zu starren. Man muß auch das Leistungsbilanzdefizit sehen! Und es muß bei allen unseren zukünftigen Maßnahmen darauf geachtet werden, es zu verkleinern und nicht zu vergrößern.

Wir werden uns in Ottawa dafür einsetzen, daß erneut die Regierungen sich gegenseitig verbünden gegen jedes Einreißen der Dämme, die wir gegen Protektionismus erreicht haben. Die Dämme haben schon Löcher. Je größer die Löcher werden, zum Beispiel indem Japan gezwungen wird, alles mögliche nicht zu liefern, desto größer werden die Löcher in den anderen Dämmen werden. So etwas klappt nie als einseitige Maßnahme. Da wir am abhängigsten sind von allen Ländern, die sich dort versammeln, was die Beschäftigung unseres Landes angeht in Relation zum Export - niemand ist stärker abhängig in seiner Beschäftigung, seinem Arbeitsmarkt vom Export als wir unter diesen sieben Staaten USA, Kanada, Italien, Frankreich, Japan, England; deswegen haben wir das größte Interesse daran, daß der freie Handel nicht zerstört wird.

Das nächste Thema in Ottawa wird vermutlich die Geldpolitik mit den hohen Zinsen sein. Wenn wir aus Ottawa zurückkommen, werden wir sofort Bilanz ziehen, ob uns dort Hoffnungen eröffnet worden sind, ob wir von dort etwas mitgebracht haben, was unsere wirtschaftlichen Aussichten verbessert, oder ob sich die Prognosen eher noch verschlechtern. Wir werden unmittelbar danach unsere Schlußfolgerungen in Form eines in sich geschlossenen Konzeptes ziehen. Wir wollen dies am Montag, dem 27. Juli, hier in Umrissen vortragen; am Tag vorher im Parteivorstand und mit den Ministerpräsidenten der von uns regierten Länder

besprechen. Wir werden es auch besprechen mit unseren Freunden in der Gewerkschaftsbewegung. Wir werden Koalitionsgespräche haben, die am Montag nachmittag beginnen und am Dienstag, 28. Juli, vielleicht noch am Mittwoch, 29. Juli, andauern. Dann wird es eine erneute Rückkoppelung mit der Fraktion und sodann die Kabinettsbeschlüsse geben. Ich warne jetzt schon davor, dasselbe Spiel zu spielen, wie im vorigen Oktober: Sich selber hohe Erwartungen zu machen und hinterher monatelang darüber zu klagen, was wir alles nicht beschlossen haben! Ich appelliere an das Selbstbewußtsein!

Wenn wir uns in den letzten zehn oder zwölf Jahren jedes Mal nach einem großen Akt in solche Selbstzerfleischung gestürzt hätten wie nach der Oktoberwahl letzten Jahres, dann hätten wir das alles nicht erreicht in Sachen Arbeitsmarkt oder in Sachen Preisen oder in Sachen soziales Netz, was wir tatsächlich in diesen zwölf Jahren im Vergleich zu den tatsächlichen Möglichkeiten erreicht haben, die andere Staaten genauso hatten wie wir.

Wir werden inzwischen natürlich die Vorschläge der Querschnitts Arbeitsgruppe Westphal in das Konzept einbauen. Ich möchte in diesem Zusammenhang Helmut Rohde zitieren, der heute morgen in einem Gespräch mit den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe den Finger auf die Führungsaufgabe der Regierung gelegt hat; mit Recht hat er gesagt: Konzepte können nicht in allen möglichen Arbeitsgruppen und Sitzungen erarbeitet werden, sondern die Regierung hat gefälligst das Konzept vorzulegen. Das ist auch die Absicht der Bundesregierung.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die Aufgabe des Finanzministers: Er muß nicht nur einen Haushalt vorlegen, sondern er muß sein Gesamtkonzept abgestimmt mit seinen Freunden und Kollegen vorlegen. Und das will ich sehr deutlich sagen: Hans Matthöfer hat das genau so schwer wie der Verteidigungsminister! Ich sehe die vielen Freiwilligen nicht, die gerne Verteidigungsminister werden wollen; ich sehe auch die vielen Freiwilligen nicht, die gerne Finanzminister werden wollen. Und ich warne herzlich und zugleich entschieden davor, ausgerechnet diejenigen Genossen, die die Schwerstarbeit zu leisten haben, dauernd öffentlich zu kritisieren oder gar aus den eigenen Reihen heraus zu demonstrieren!

Hans Matthöfer wird genau wie wir alle darauf achten, daß das Konzept sozial ausgewogen ist. Dabei kann es auch manchmal in der Quantität kleine Maßnahmen geben, die notwendig sind, damit der Gerechtigkeit Genüge getan wird, selbst wenn sie nicht viel bringen. Dabei werden wir sicherlich den Kernbestand des sozialen Netzes wahren; Deswegen wird das alles ja gemacht, damit das Netz heil bleibt! Deswegen ist es Unsinn, wenn einzelne schon anfangen, im Vorwege zu weinen, ehe sie wissen, warum es geht. Das soziale Netz muß gesichert werden, damit es belastbar bleibt! Es muß entlastet werden von überflüssigem oder von zu teurem Rankenwerk. Man darf aber auf der anderen Seite nicht zulassen, daß das soziale Netz als Hängematte denunziert wird. Dort, wo Mißbrauch geschieht, müssen wir ihn selber beseitigen. Das brauchen wir uns nicht von irgendwem anraten zu lassen! Wir wissen ja doch aus den eigenen Belegschaften, wie sauer sie sind übermancherlei Mißbrauch von der Schwarzarbeit bis zur Leiharbeit und alledem, was daranhängt. Die Mißbräuche müssen wir Sozialdemokraten selber in Ordnung bringen! Um unserer eigenen Glaubwürdigkeit bei den Belegschaften willen, bei denen, die 40 Stunden arbeiten und möglicherweise sonntags und nachts auch!

Natürlich muß der Grundsatz der Sparsamkeit und der Konzentration der Mittel auf die Aufgaben, auf die es ankommt, für alle Bereiche gelten. Da steht die Sozialpolitik nicht im Vordergrund, zunächst stehen vielmehr Steuervergünstigungen im Vordergrund. Darauf muß man zuerst den Blick werfen. Und natürlich sodann auf die anderen Ausgabenbereiche! Und dabei wird ganz sicherlich die Verteidigung nicht ausgenommen werden können. Wir müssen den Blick dann aber auch auf die Einkommens-Transferleistungen richten.

Ich will hier eines sehr deutlich sagen, weil ich gewisse Tendenzen spüre, sich die harte Operation dadurch zu erleichtern, daß man die Steuern erhöht. Ich bin da sehr, sehr zurückhaltend. Um es deutlich zu sagen: Ich sehe keine zu Buche schlagende, prinzipielle Möglichkeit der Erleichterung unserer Aufgabe durch Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben. Oder um es anders auszudrücken: Die Belastung der deutschen Bürger, insbesondere der Arbeitnehmer, die direkte Steuern und direkte Sozialabgaben zu tragen haben, die Belastung der Deutschen mit Steuern und Abgaben liegt nahe an der Grenze des politisch für sie Erträglichen. Da soll man sich nichts vormachen!



Quantitative Zielvorgaben möchte ich heute nicht machen. Und keiner sollte das tun, weil das nur dazu führt, daß er selber Maßlaten in die Welt setzt, an denen er sich anschließend von anderen messen lassen muß. Ich bin sicher, wir werden die Bürger im Laufe des Spätsommers und des Septembers überzeugen, daß wir auch unter den schwierigen Bedingungen, unter denen alle Staaten gegenwärtig stehen, fähig sind, durch unsere Haushaltspolitik, durch unsere Gesetzgebung die klassischen Aufgaben des Staats ordentlich und rückhaltlos zu erfüllen: nämlich Sicherheit nach außen, Sicherheit nach innen, soziale Sicherheit, und, wenn ihr so wollt, die neoklassische Aufgabe (Für uns Sozialdemokraten ist sie klassisch!) die Steigerung der Beschäftigung.

Das wird eine große Kraftanstrengung, zugleich eine schwerwiegende politische Belastung. Ich sage das mit großem Ernst. Aber da wir schon bisher die Koalition, diese Regierung und diese Gesetzgebungsmehrheit durch allerhand schlechtes Wetter gesteuert haben, so habe ich eine ganze Menge Selbstvertrauen. Ich habe auch Vertrauen in die Zukunft. Ich gebe mir Mühe, daß auch auf andere auszustrahlen, die mir sagen, sie hätten Angst. Sicherlich ist es nicht die Aufgabe allein der Politik, den Menschen Lebensangst abzunehmen. Aber es ist auch unsere Aufgabe mit, Menschen Angst zu nehmen, indem wir die Probleme, die sie bedrängen, rational durchsichtig machen, soweit wir das können. Es ist notwendig, auch die ökonomischen Probleme durchsichtig zu machen. Es braucht niemand in Deutschland wegen der heutigen ökonomischen Probleme Angst zu haben.

Ich möchte wiederholen: Es gibt insgesamt zu dem, was wir vorhaben, keinerlei Alternative bei der CDU und bei der CSU, erst recht nicht, wenn man sich die Plenardebatten der letzten neun Monate in Erinnerung ruft. (-/6.7.1981/h1/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl



Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesminister der Justiz, erinnert an Gustav W. Heinemann als Rechtspolitiker: Ein unbequemer Mahner. Seite 1

Hermann Scheer MdB rügt die Regierungssprecher, weil sie Politik auf eigene Faust machten: Voreilig und unangebracht. Seite 4

Ralph Herberholz MdB mahnt, daß Jugendliche Zuhörer benötigen, nicht aber Vorträge über Sachzwänge: Gummigeschosse oder Gummibärchen? Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 125 / 7. Juli 1981

Ein unbequemer Mahner

Gustav W. Heinemann setzte Maßstäbe der Rechtspolitik

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister der Justiz

Vor fünf Jahren, am 7. Juli 1976, starb Gustav Heinemann. Es ist der Bundespräsident Heinemann, aber auch der Bundesminister der Justiz, dessen wir dankbar gedenken.

Heinemann ist als "unbequemer" Präsident, auch - in ähnlichem Sinne - als "Glücksfall eines Präsidenten" bezeichnet worden. Beides hat miteinander zu tun: Mit seinem ständigen Mahnen etwa, die Unruhe der jungen Generation nicht von vornherein als Rabaukentum zu brandmarken, sondern über eigene Versäumnisse als möglichen Grund für das Aufbegehren nachzudenken, trug er wirksam zu Befriedung im Staate bei; denen, die sich über eine derart differenzierte Betrachtungsweise ärgerten, war er unbequem. Dabei hat er es nie an Ermahnungen auch an die jüngere Generation fehlen lassen:

"Die Jugend bedarf des Verständnisses und des Mitdenkens der Älteren. Dieser selben Jugend aber sage ich, daß sie ihre Ziele verfehlt, wenn sie ihre Eltern und ihre Lehrer oder das sogenannte Establishment wie Feinde behandelt und demütigen will. Wir haben eine Ordnung, die es ermöglicht, daß jeder zur Lösung der großen Aufgaben unserer Zeit beitragen kann. Sie ist eine Ordnung der Diskussion und der letztendlichen Mehrheitsentscheidung."

- 31. Dezember 1969 - Rundfunk- und Fernsehansprache -

Die Staatsbesuche Heinemanns in den Nachbarstaaten, angefangen bei den Niederlanden, ermöglicht durch seine untadelige politische Vergangenheit, wurden zu Brückenschlägen der Versöhnung. Ein Glücksfall für die, die so denken wie

